

Höhere Franchisen führen zu tieferen Gesamtkosten

Eine Studie ortet grosses Sparpotenzial bei einer stärkeren Beteiligung der Versicherten



Die steigenden Kosten im Gesundheitswesen bereiten seit Jahren Sorgen.

MICHAEL BUHOLZER / KEYSTONE

MATTHIAS BENZ

In der Schweiz steht der Prämienherbst bevor. Ende September wiederholt sich das alljährliche Ritual: Der Bund gibt die Krankenkassenprämien für das folgende Jahr bekannt. Auch dieses Mal dürften die Prämien deutlich steigen. Der Krankenkassenverband Santésuisse rechnet mit einer Erhöhung von rund 5 Prozent. Es wäre der dritte «Prämienschok», nachdem die mittleren Krankenkassenprämien bereits in den Vorjahren um 8,6 bzw. 5,4 Prozent zugenommen hatten.

Die Diskussion, wie die Gesundheitskosten gesenkt werden können, wird wieder aufflammen. Ein Ansatz wäre, dass die Versicherten mehr aus der eigenen Tasche bezahlen müssten – und deshalb einen stärkeren Anreiz hätten, nur

wenn nötig zum Arzt zu gehen. Diese Idee steht auch hinter einer Motion der SVP-Ständerätin Esther Friedli, die in der Herbstsession beraten wird. Der Vorstoss verlangt vom Bundesrat eine Erhöhung der Mindestfranchise, die seit dem Jahr 2004 bei 300 Franken liegt. So viel müssen Krankenversicherte im Minimum jährlich an ihre eigenen Gesundheitskosten bezahlen.

Anpassung ist angezeigt

Die Mindestfranchise sei seit zwanzig Jahren nicht mehr angepasst worden, gleichzeitig hätten sich die Gesundheitskosten verdoppelt, so argumentiert Friedli. Eine periodische Anpassung der Mindestfranchise sei deshalb angezeigt. Der Bundesrat hat die Motion vergangene Woche kommentarlos zur Annahme empfohlen.

len. Damit ist es realistisch, dass es früher oder später zu einer Erhöhung der Mindestfranchise kommen wird.

Mit diesem Schritt liessen sich die Krankenkassenkosten tatsächlich senken. Das zeigt nun eine Studie des Basler Center for Health Economics im Auftrag des Krankenversicherers Helsana, die der NZZ vorliegt. Das Sparpotenzial liegt laut der Studie bei 1,2 Milliarden Franken pro Jahr, wenn die Mindestfranchise von 300 auf 500 Franken steigen würde.

Die Basler Ökonomen Stefan Felder, Stefan Meyer und Kurt Schmidheiny werteten Daten der Helsana aus, des grössten Krankenversicherers der Schweiz, bei der jede sechste Person versichert ist. Im Kundenbestand gibt es viele Personen, die entweder die 300er-Franchise oder die 500er-Franchise haben.

Laut den Analysen passen die Versicherten ihr Verhalten an, wenn sie einen höheren Anteil an den Gesundheitskosten selbst bezahlen müssen. Personen mit der 500er-Franchise fragen rund 200 Franken weniger Gesundheitsleistungen pro Jahr nach als Versicherte mit der Mindestfranchise. Verglichen wurden dabei Personen mit ähnlichem Gesundheitszustand, Alter oder Einkommen. Die Autoren bezeichnen dies als «ökonomischen Spareffekt»: Dank den Verhaltensanpassungen sinken die Gesundheitskosten.

Darüber hinaus bezahlen Personen mit der 500er-Franchise ohnehin bereits einen grösseren Anteil der Kosten aus der eigenen Tasche. Das heisst, dass nicht die Krankenkassen und damit das Kollektiv der Versicherten dafür aufkommen muss. Durchschnitt-

Dieser grosse Spareffekt kommt zustande, weil die 300er-Franchise in der Schweiz weit verbreitet ist. Laut Statistiken des Bundesamtes für Gesundheit haben 45 Prozent der Erwachsenen die ordentliche Franchise gewählt. Eine Erhöhung der Mindestfranchise von 300 auf 500 Franken würde mithin 3,3 Millionen Personen betreffen. Kinder bleiben davon unberührt, für sie sind keine Änderungen geplant.

Die Politik sieht sich allerdings einem Zielkonflikt gegenüber. Auf der einen Seite steht der Spareffekt: Bei einer höheren Kostenbeteiligung achten die Menschen stärker darauf, welche Gesundheitsleistungen sie wirklich benötigen. Auf der anderen Seite stehen soziale Aspekte: Die 300er-Franchise haben viele Personen gewählt, die häufig zum Arzt müssen, unter ihnen chronisch Kranke. Bei einer Erhöhung der Mindestfranchise müssten sie einen grösseren Teil ihrer Arztrechnungen selbst bezahlen.

Eine Erhöhung der Mindestfranchise von 300 auf 500 Franken würde 3,3 Millionen Personen betreffen.

Linke kündigt Widerstand an

SP und Gewerkschaften haben deshalb Widerstand gegen eine Erhöhung angekündigt. Allerdings würde die maximale Kostenbeteiligung nur moderat steigen, von gegenwärtig 1000 Franken pro Jahr (300 Franken Franchise plus höchstens 700 Franken Selbstbehalt) auf 1200 Franken (500 Franken Franchise plus 700 Franken Selbstbehalt).

Bisweilen herrscht in der Öffentlichkeit die Ansicht vor, dass die Menschen in Gesundheitsfragen nicht auf finanzielle Anreize achten würden. Die Gesundheit sei zu wichtig, als dass das Portemonnaie den Ausschlag gebe. Die Basler Studie zeigt nun das Gegenteil.

Schon frühere Studien hatten belegt, dass die Schweizer in der Krankenversicherung auf finanzielle Anreize reagieren. Die sogenannte Nachfrage-Elastizität liegt typischerweise bei $-0,2$: Wenn der Preis, den man selbst für eine Gesundheitsleistung bezahlt, um 10 Prozent steigt, geht die Nachfrage um 2 Prozent zurück. Diesen Mechanismus wollen sich die Befürworter einer Erhöhung der Mindestfranchise jetzt zunutze machen, um die Gesundheitskosten in der Schweiz zu senken.

lich bezahlen diese Versicherten aber nicht 200 Franken mehr pro Jahr, sondern nur 160 Franken. Dies, weil es in jedem Jahr auch viele Versicherte gibt, die nicht zum Arzt müssen und die Franchise nicht ausschöpfen.

Durchschnittsprämie sinkt

Rechnet man den Effekt der Verhaltensänderung und der höheren Selbstbeteiligung zusammen, so sinken die Kosten für die Krankenkassen um 360 Franken. Hochgerechnet auf alle Personen in der Schweiz mit einer Franchise von 300 Franken ergeben sich Einsparungen von 1,16 Milliarden Franken. Mit diesem Betrag liesse sich die Durchschnittsprämie für sämtliche erwachsenen Versicherten in der Schweiz um rund 160 Franken pro Jahr reduzieren.

Die deutsche Industrie läutet die Alarmglocke

Um die Wirtschaft zukunftsfähig zu machen, sind laut einer Studie 1400 Milliarden Euro nötig

RENÉ HÖLTSCI, BERLIN

«Aktuell ist das Geschäftsmodell Deutschland in ernster Gefahr, nicht irgendwann, sondern hier und heute. Rund ein Fünftel der industriellen Wertschöpfung ist bedroht»: Mit diesem Alarmruf hat Siegfried Russwurm, der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), am Dienstag die Präsentation einer Studie über die Zukunft der deutschen Industrie eingeleitet. Erstellt wurde sie, im Auftrag des BDI, von der Strategieberatung Boston Consulting Group und dem Institut der Deutschen Wirtschaft. Jüngste Turbulenzen bei deutschen Industrie-Ikonen wie Volkswagen oder ThyssenKrupp haben ihr zusätzliche Aktualität verschafft.

Besonders betroffen sind laut der Studie die Grundstoff- und die Automobilindustrie. Um auch künftig international wettbewerbsfähig zu bleiben, seien zusätzliche private und öffentliche Investitionen von 1400 Milliarden Euro bis 2030 nötig.

Die Säulen des Erfolgs wanken

Im Gegensatz zu vielen vorherigen Krisen sei die gegenwärtige Krise auch struktureller Natur, so wird im Bericht betont. Mehrere Säulen des bisherigen Erfolgs der deutschen Industrie seien gleichzeitig ins Wanken geraten. Die

Zeit günstiger fossiler Gasimporte sei mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wahrscheinlich auf absehbare Zeit vorbei. Die Demografie und ein schwächelndes Bildungssystem würden das traditionell starke Arbeits- und Fachkräfteangebot in den nächsten Jahren in einen Mangel umkehren.

Ein über Jahre erarbeiteter Vorsprung in Bereichen wie der Verbrenner-technologie verliere an Bedeutung, während das deutsche Exportmodell durch wachsende geopolitische Spannungen und weltweiten Protektionismus unter Druck gerate. Hinzu kämen eigene Standortschwächen wie überbordende Bürokratie, marode Infrastruktur und Rückstände bei der Digitalisierung.

Tatsächlich ist die deutsche Industrieproduktion laut Daten des Statistischen Bundesamts schon seit ungefähr Ende 2018 tendenziell rückläufig. Mit Beginn des Ukraine-Kriegs ist die Produktion der energieintensiven Industrien zusätzlich eingebrochen, mit einer leichten Erholung in jüngster Zeit. Das ist umso bitterer, als Deutschland deutlich industriellastiger ist als die USA, Frankreich oder Grossbritannien.

Laut der Studie haben die gestiegenen Energiekosten traditionelle Kostenvorteile deutscher Unternehmen bei Lohnkosten und Steuern in einem Ausmass verschärft, dass bisherige Standortstärken wie hohe Produktivität, Innovationskraft und stabile Rahmenbedin-

gungen diese nicht mehr kompensieren können. Hinzu kommen die Herausforderungen durch die per 2045 angestrebte Klimaneutralität.

Das Argument, dass die Abwanderung einzelner energieintensiver Produktionen noch keine Katastrophe sei, parieren die Studienautoren und der BDI mit einem Verweis auf die enge Verflechtung der deutschen Industrie. Diese galt lange als Stärke, doch in der Krise werden damit Probleme einzelner Sektoren zu einem Risiko in der Breite. So löse die Grundstoffindustrie indirekt mehr als 80 Milliarden zusätzlicher Wertschöpfung durch den Einkauf von Vorleistungen aus, heisst es.

Fünfzehn Hausaufgaben

Das Risiko einer Deindustrialisierung durch die stille Abwanderung und die Aufgabe gerade vieler Mittelständler nehme kontinuierlich zu, sagte Russwurm zusammenfassend. Allerdings sei dieses Szenario nicht unausweichlich. Um es abzuwenden, müsse die Politik ihre industriepolitische Agenda neu ausrichten, betont der BDI. Dabei müsse sie mit dem Dreiklang ökologischer Fortschritt, ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und technologische Offenheit Ernst machen.

Die Studie identifiziert 15 Handlungsfelder, um die Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen, die industrielle

Basis zu sichern und das Wachstum zu beschleunigen. An erster Stelle nennt sie eine wettbewerbsfähige Energieversorgung. Die Ausbaukosten für das Energiesystem müssten besser verteilt werden. Zudem brauche es effiziente Anreize für den Zubau von Leistung. Industrielle Anwender müssten, wo nötig, gezielt und «planungssicher» entlastet werden.

Im zweiten Punkt fordert das Papier «ein enormes Infrastrukturprogramm» mit erheblichen Investitionen in Strom-, Wasserstoff- und CO₂-Netze, Ladeinfrastruktur und Schiene. Im weiteren enthält die Liste viele altbekannte Punkte wie Entbürokratisierung, nationale Bildungsoffensive und qualifizierte Zuwanderung, Investitionen in Forschung und Entwicklung oder Stärkung des globalen Freihandels. Mehrfach taucht der Ruf nach Subventionen auf. So benötigen laut der Studie energieintensive Industrien wie Stahl, Chemie und Baustoffe «gezielte finanzielle Unterstützung» für den klimagerechten Umbau.

Um all das zu realisieren, brauche es bis 2030 zusätzliche Investitionen im Umfang von rund 1400 Milliarden Euro, so die Berechnungen der Autoren. Rund ein Drittel davon müsste der öffentliche Sektor stemmen. Das entspreche auf jährlicher Basis 1,6 Prozent der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) und sei damit ver-

gleichbar mit dem Marshall-Plan nach dem Zweiten Weltkrieg (1,3 Prozent) und den direkten Hilfen für den Aufbau Ost in Deutschland (1,0 Prozent). Zur Finanzierung sollten alle Optionen in Form von Einsparungen, Priorisierungen und Finanzierungsinstrumenten ausgeschöpft werden.

Noch ein Sondervermögen

Darüber hinaus sei auch die Aufnahme neuer Schulden erforderlich, «zum Beispiel in Form neuer Sondervermögen». Das Konstrukt der Sondervermögen (korrekter wäre der Name «Sonder-schulden»), wie es derzeit für die Bundeswehr verwendet wird, ermöglicht die Aufnahme zusätzlicher, zweckgebundener Schulden, die nicht auf die Schuldenbremse angerechnet werden.

Mit alledem erinnert das Papier an die am Montag veröffentlichten Empfehlungen des ehemaligen EZB-Chefs Mario Draghi für die EU. Einzelne Punkte sind zudem bereits in der «Wachstumsinitiative» und in weiteren Plänen der Ampelregierung enthalten. Doch laut Russwurm fehlt es der Regierung an Geschwindigkeit und Konsequenz bei der Umsetzung. Man habe ein Stückwerk, aber kein konsistentes Bild. Deshalb herrsche Unsicherheit, die zu Investitionszurückhaltung führe. Stattdessen brauche man jetzt einen grossen Wurf.